

Nachrichten des Tages

## Zu Guttenberg: Angriff war nicht angemessen

### Minister revidiert Position zu Bundeswehr-Angriffe auf Tanklaster - Bundestag verlängert Afghanistan-Mandat

Andreas Rinke Berlin Der von der Bundeswehr veranlasste verheerende Angriff auf Tanklaster in der Nähe der nordafghanischen Stadt Kundus am 4. September war "militärisch nicht angemessen". Das hat Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) am Donnerstagabend im Bundestag betont. Er korrigierte damit seine Position von Anfang November. Damals hatte er das nächtliche Bombardement verteidigt, bei dem 142 Menschen getötet worden waren, darunter etliche Zivilisten.

Der deutsche Oberst Georg Klein hatte am 4. September den Befehl zum Angriff von US-Bombern auf von radikal-islamischen Taliban-Kämpfern entführte Tanklaster gegeben. Umstritten ist besonders, ob in der besagten Nacht eine echte Gefährdung für deutsche Soldaten bestanden hätte. Nur dann hätte der Oberst nach den Einsatzregeln den Angriff anordnen dürfen. Bereits ein geheimer Nato-Bericht hatte im Oktober Zweifel aufkommen lassen, weil es klare Informationen gab, dass die Tanklaster in einem Flussbett feststeckten und entladen wurden. Zudem hatten die US-Piloten offenbar mehrfach auf die Anwesenheit von Dorfbewohnern bei den Tanklastwagen hingewiesen.

Zu Guttenberg betonte, auch wenn Fehler gemacht worden seien, werde er Oberst Klein "nicht fallen lassen". Er bezweifle nicht, dass dieser im Interesse seiner Soldaten handeln wollen. Nun sei wichtig, dass sich solche Fehler beim Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan nicht wiederholten.

Seit Wochen wird auch heftig über die Informationspolitik des Verteidigungsministeriums debattiert, das zunächst zivile Opfer abgestritten hatte. Der neue Minister zu Guttenberg hatte Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan und Verteidigungsstaatssekretär Peter Wichert entlassen, als klar wurde, dass schon kurz nach dem Angriff Berichte über den Tod von Zivilisten vorgelegt hatten. Auch zu Guttenbergs Vorgänger, Arbeitsminister Franz Josef Jung (CDU), musste zurücktreten. Schneiderhan und Wichert wurden am Donnerstagabend mit einem Großen Zapfenstreich der Bundeswehr verabschiedet, erhielten also trotz des Streits einen ehrenvollen Abschied.

Die Erklärung zu Guttenbergs überlagerte die Diskussion über die Verlängerung der Auslandsmissionen der Bundeswehr. Am Abend stimmte der Bundestag mit großer Mehrheit dem weiteren Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zu. Die Obergrenze von 4 500 Soldaten bleibt unangetastet.

Neben der Linkspartei verweigerten diesmal auch die Grünen der Mandatsverlängerung ihre Zustimmung. Grünen-Fraktionsvorsitzender Jürgen Trittin begründete dies unter anderem damit, dass bereits Ende Januar neu entschieden werden solle, ob auch Deutschland wie andere Nato-Partner mehr Soldaten entsendet. Deshalb sei die Verlängerung um ein Jahr unsinnig.